

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 21 (1941-1942)
Heft: 9

Artikel: Und was dann?
Autor: Spectator
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-334292>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Und was dann?

Von S p e c t a t o r.

I.

Ein Gespenst geht jetzt schon um in der Welt. Das Gespenst der Nachkriegskrise, das Gespenst der Nachkriegs-Arbeitslosigkeit mit allen ihren gefährlichen Konsequenzen. Es sind nicht nur die Ewig-Gestrigen, die «Elefanten» und ihresgleichen, die, für ihre Privilegien fürchtend, Angst vor dem Nachher haben; auch viele Arbeiter und Arbeitervertreter blicken nicht ohne Bangen in die Zukunft nach diesem Kriege. Sie haben gewiß Grund dazu. Denn käme es zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch, wer anders als die Gesamtheit der Arbeitenden hätte dann nach der bisherigen Welt-«Ordnung» die Kosten zu tragen?!

Wenn für die Zeit nach dem Kriege meist recht düstere Prognosen gestellt werden, so vor allem deshalb, weil die bittere Erfahrung der zwanziger Jahre (zum Glück!) noch nicht vergessen ist. Aber ist's denn ganz ausgeschlossen, aus der Erfahrung etwas zu lernen? Ist solch defaitistischer Pessimismus bei *Sozialisten* nicht in der Hauptsache auf einen Mangel an Vorstellungskraft zurückzuführen, auf einen Mangel an wirklich schöpferischer Phantasie, die Zukünftiges, die werdendes zu schauen vermag? Oder fehlt es mitunter nicht auch am rechten Glauben an die eigene Sache? Wir wissen: auch das kommt vor. Wie immer dem sei, es verfehlen die einen wie die anderen der Pessimisten,

die dringlichste Vorfrage

zu stellen, nämlich die: Ist ein wirtschaftlicher Niedergang nach dem Krieg «zwangsläufig», «naturnotwendig» und wie die fatalistischen Schlagworte sonst lauten, oder ist er durch Vorsorge, durch Vorplanung, durch zweckmäßige Einrichtungen vermeidbar? Muß der Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft so wie nach dem vorigen Krieg mit einem «Boom», einem Aufschwung, beginnen, um dann in einem abgrundtiefen Fall zu enden, oder kann man ihn durch Umstellung der Wirtschaft so gestalten, daß ein stetiger Aufschwung ohne katastrophale Rückschläge einsetzt? Von der Beantwortung der Alternative in dem einen oder anderen Sinne hängt mehr ab als nur die Art der unmittelbaren Nachkriegszeit; es wird dadurch das Schicksal kommender Generationen mitbestimmt. Ja, man kann kühnlich sagen, daß dadurch auch entschieden wird, ob diesem Weltkrieg eine neue Kette von Welt- und Bürgerkriegen folgen wird oder ein friedlicheres Zusammenleben der Menschheit.

Nun wird es niemanden allzusehr wundern, daß in der maßgebenden Geschäftswelt unserer Breiten und bei ihren Theoretikern eine pessimistische Anschauung überwiegt und alles Heil am Festhalten oder in der Rückkehr zum «bewährten Alten» gesucht wird, zu einer Privatwirtschaft also, die sich den neugestellten Problemen gegenüber doch so gänzlich unfähig gezeigt hat, die durch ihr Versagen eine Hauptursache (nicht die einzige natürlich!) des Krieges gewesen ist. Viel weniger mit Vorurteilen belastet, viel aufgeschlossener und unbefangener scheint dagegen min-

destens ein Teil der Geschäftswelt in den angelsächsischen Ländern, und auch gerade im Lande der kapitalistischen Riesengebilde, in USA., wenn sie sich mit den kommenden Dingen und Möglichkeiten beschäftigt.

Ein sehr interessantes und wertvolles Zeugnis dafür findet sich in der amerikanischen «Fortune» (Oktober 1941), der illustrierten Zeitschrift der amerikanischen Geschäftswelt, der wahrscheinlich besten amerikanischen periodischen Publikation dieser Art überhaupt. Es sind neben einer Reihe wichtiger Aufsätze über eine «Revolution in der Landwirtschaft» mit Betonung einer «Planung für Fülle» zwei Artikel, die besondere Aufmerksamkeit verdienen. Wegen ihres Inhalts, aber auch wegen ihrer Verfasser. Ist doch der eine der Leiter des Londoner «Economist», einer Wirtschafts-Wochenschrift, deren Bedeutung den Lesern aus früherer Zitierung bekannt sein dürfte, der andere amerikanischer «Asistant Secretary of State», also stellvertretender Außenminister.

Dieser, *A. A. Berle Jr.*, beantwortet die in unserer Überschrift gestellte Frage mit erfrischendem Optimismus, der aber, wie man sehen wird, keineswegs der realen Fundamente und realistischen Begründung ermangelt.

«Wir haben keinen Grund, uns zu fürchten», so schreibt Mr. Berle nach einigen einleitenden Sätzen. «Wir werden vielmehr eine günstige Gelegenheit haben, die glänzendste wirtschaftliche Epoche zu schaffen, welche Amerika je erlebt hat. Es ist durchaus durchführbar, das Land gleichzeitig blühender und freier zu machen. In unserer Hand werden die Werkzeuge sein, mit denen wir einen höheren Grad wirtschaftlicher Gerechtigkeit schaffen können, ohne irgendeine der wesentlichen Freiheiten zu opfern.»

Was da so verlockend in Aussicht gestellt wird, ist nun gewiß nicht nur eine amerikanische Angelegenheit, sondern ein Weltproblem. Und wenn auch für die Vereinigten Staaten, schon rein aus den Größenverhältnissen heraus, andere Bedingungen gelten als etwa für die Schweiz, so gibt es doch Grundfragen, die, wie sich im weiteren von selbst herausstellen wird, im Wesen kaum verschieden sind.

Was nun vorerst speziell Amerika angeht, so wird das Land nach dem Krieg, wie Mr. Berle ausführt, einen gegen alle früheren unvergleichlich großen Produktionsapparat haben. «Weit entfernt davon, bankrott zu sein, werden wir an Produktivkraft reicher sein als irgendein Wirtschaftssystem je zuvor.» Bei voller Kriegswirtschaft werden etwa 40 Prozent des Nationalinkommens für Kriegszwecke ausgegeben werden (etwa 40 Milliarden Dollar). Das Planwirtschaftsamt rechnet, daß 1944 (nach dem Eintritt der USA. in den «Schießkrieg» kann man wohl ein früheres Datum ansetzen) die Zahl der für die Landesverteidigung schaffenden Arbeiter zusammen mit den Militärdienst leistenden sich auf 27 Millionen belaufen wird, während die Zahl aller anderen Arbeiter mit 33 Millionen anzunehmen ist. Mit dem Aufhören der Kriegswirtschaft wird US.-Amerika also vor der Aufgabe stehen, für *rund zwei Drittel* seiner Arbeiterbevölkerung Neubeschäftigung zu finden. Berle erinnert an die illusionäre Aufschwungperiode nach dem «letzten» Krieg, die 1920 von einem Krach gefolgt war. Diesmal, so glaubt er, würde selbst diese Scheinkonjunktur fehlen, wenn nicht rechtzeitig entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Für die Kriegszeit

stellt sich die Situation der Geschäftswelt so dar: Die gesamte Produktion wird mehr oder weniger von der Regierung dirigiert; auch das, was für Zivilbedarf produziert werden darf, wird von ihr festgesetzt. Dadurch wird automatisch auch für die «Verteilung» gesorgt. Niemand braucht sich um den «Markt», den Absatz zu bekümmern, wenn auch die *Produktion selbst* von der *privaten Geschäftswelt* vorgenommen wird. Der Staat ist direkt oder indirekt der eigentliche «Käufer». Geht der Krieg zu Ende, so wird die Erzeugung von Munition und anderen Kriegsmitteln überflüssig. Der Absatz für diese Artikel kommt sofort zum Stoppen. Der «Kunde», die bewaffnete Macht, fällt aus. Wird für die Güterverteilung weiter nichts vorgekehrt, so bleibt den Fabrikanten, die ihre Neuerzeugnisse absetzen wollen, nichts übrig, als wieder auf dem üblichen Weg *Privatkundschaft* zu suchen. Das möchte gehen, denn Bedarf ist ja da; wenn nur ein großer Teil der Privatkunden, das heißt die Arbeiter der Kriegswerkstätten, nicht arbeits- und infolgedessen einkommenslos wären!

Zwei nicht leichte Aufgaben

stellen sich also: *Wiederingangsetzung der Friedensproduktion* und *systematischer Aufbau des Marktes*, des Absatzes. Wie ist nun die Situation? Die Produktionskapazität ist enorm gestiegen. Neue Fabriken, neue Maschinen und neue Organisationen zur Erzeugung von Kriegsmaterial sind geschaffen worden. Dieser ganze Apparat soll umgewandelt werden für die Hervorbringung von Gütern für den zivilen, friedlichen Gebrauch. Die technische Schwierigkeit ist nicht erheblich. So wie die Ingenieure Fabriken der Friedenswirtschaft auf Munitionserzeugung umgestellt haben, so können sie auch das Umgekehrte vornehmen. Eine Fabrik, die Panzerplatten hergestellt hat, kann in eine für Fertighäuser umgewandelt werden. (Das ist ein Beispiel, das zwar in der Schweiz kein Gegenstück hat, wohl aber für die *europäische* Schwerindustrie, damit aber auch für unser Land von Interesse ist.) Wie Mr. Berle bemerkt, sind überall in den USA. Untersuchungskommissionen, private und öffentliche, gebildet, die sich mit dieser Nachkriegsfrage intensiv und vorsorglich beschäftigen. Bleibt die weit schwierigere Aufgabe,

Kunden für die erzeugten Güter zu finden.

Der bequemste Vorschlag ist der alte kapitalistische Ausweg, *die Produktion zu drosseln*. Für die Orgien der Güterverknappung und -vernichtung — der Krieg ist im Grunde nur ein Sonderfall dieses Verbrechens — dürfte die Menschheit hoffentlich kein Verständnis mehr aufbringen. Nun haben die Befürworter des Produktionsstopps das Argument, daß es sinnlos wäre, Getreide, Baumwolle, Hemden, Schuhe und was sonst noch in einem Ausmaß zu erzeugen, daß ein großer Teil davon verdirbt, weil er nicht abgesetzt (gekauft) werden kann. Geschäftsleute, so werden sie ausführen, wünschen ja nichts mehr, als verkaufen zu können. Kommen aber keine Kunden, so werden die Fabrikanten und Kaufleute, die ihre Mittel bis zur vollen Leistungsfähigkeit eingesetzt haben, bald kein flüssiges Kapital mehr haben und können die «Bude» zumachen. Dann liegen mehr Leute auf

der Straße, als wenn sie nur «mit halber Kraft» gewirtschaftet hätten. Auf diese Logik antwortet Mr. Berle:

«Ganz klar, ein Markt kann nur aufgebaut werden für etwas, was dringend benötigt oder gewünscht wird. Es wird also notwendig sein, ein umfassendes Bild von dem großen Strauß der Bedürfnisse und Wünsche zu bekommen. Da gibt's alle möglichen: da ist der Arbeiter, der gern eine anständige Wohnung hätte; die Stadt, die große, längst zu eng gewordene oder veraltete Areale umbauen möchte; der einfache Mann, der gut zwei Gewänder im Jahr brauchen könnte, während er jetzt nur eins hat oder vielleicht gar keins; da sind die Außenbezirke, die eine Reihe von Krankenhäusern und einen guten Gesundheitsdienst brauchen könnten.»

Mr. Berle im einzelnen auf seinem Rundgang zu folgen, würde zu weit führen und erübrigt sich auch. *Städtebauplanung* spielt in seiner Betrachtung eine Hauptrolle. Seine Schlußfolgerung trifft (und erst nach diesem Krieg!) überall zu:

«An Bedürfnissen fehlt es nicht!»

Und auch das, was er auf die Frage, warum sie nicht schon längst befriedigt worden sind, antwortet, auch das ist ein allgemeines Kreuz. *Weil man's nicht genügend gewollt hat.* Hätte man mit der gleichen Intensität zum Beispiel den Bau gesunder Städte «gewollt», wie man den Bau von Tanks und Panzerwagen, von Kriegsschiffen und Kanonen gewollt hat, so sähe die Welt anders aus. (Eine ganz ähnliche Bemerkung hat vor seinen Soldaten ein Kriegsmann gemacht, der General Wavell.) Nach diesem Krieg, meint Mr. Berle, werden wir's nicht mehr mit *feindlichen Armeen* zu tun haben, wohl aber mit *Millionenarmeen aus dem eigenen Land.* Können wir sie nicht einsetzen, so wird's nicht an *Demagogen oder Narren* fehlen, die sich anbieten, die Sache zu «schmeißen» — dann aber in der denkbar übelsten Weise und unter den schlimmsten Bedingungen. (Dafür gibt's Beispiele auch bei uns! D. Red.) Was also ist zu tun?

II.

Wenn man die Vorschläge der vierzig oder mehr Arbeitsgruppen in USA. durchsieht, die sich bereits mit den Problemen der Nachkriegszeit beschäftigen, so wird man finden, daß ihre Gedanken sich auf wenigen Hauptlinien bewegen, die schließlich alle auf den

Aufbau von Märkten

zielen. Der einfachste, aber auch begrenzteste Weg ist der altmodische der «öffentlichen Arbeiten». Kanalbau, Straßenbau usw. Man kennt das; es ist nicht viel darüber zu sagen. In Washington häufen sich, sagt Mr. Berle, die Vorschläge. Zu ihrer Durchführung *im Lauf von fünf Jahren* wird ein jährlicher Betrag von 10 Milliarden Dollar erfordert.

«Das Bemühende dabei ist, daß sie alle zusammen nach dem Maßstab voller Kriegsleistung nur einer etwa drei Monate dauernden jährlichen Arbeit entsprechen . . . Für den Anfang mag's mit öffentlichen Arbeiten gehen, aber eben nur für den Anfang.»

Wichtiger scheint Mr. Berle der zweite Weg des *städtischen Neuaufbaus*. Hierbei handelt es sich um das, was wir eine «Schlüsselindustrie» nennen. Auf Einzelheiten einzugehen, müssen wir uns auch hier versagen. Betrachtet man aber eine Stadt als ein *einziges großes Unternehmen*, so bedarf es keiner besonderen Phantasie, um sich die Fülle der produktiven Arbeit vorzustellen, die durch einen Neuaufbau erschlossen wird. Man braucht ja nur daran zu denken, wieviel Kräfte und verschiedenartige Arbeitszweige durch einen Hausbau allein in Bewegung gesetzt werden. Der dritte Weg hat zum Ziel, einen *Markt für landwirtschaftliche Produkte* zu schaffen.

«Der öffentliche Gesundheitsdienst der Vereinigten Staaten», bemerkt Mr. Berle in diesem Zusammenhang, «wird auf Wunsch jederzeit einen bündigen Anschlag der Bedürfnisse geben. Man ist dort ganz genau informiert, wieviel Milch das Land kaufen und verzehren müßte, um gesunde Kinder zu haben und wieviel weniger als das wirklich verteilt wird. Man kann auf Karten genau zeigen, wo die Tuberkuloserate hoch und im Steigen ist, weil es dort an anständiger Ernährung mangelt.»

Von welchem anderem Gesichtspunkt aus man auch ausgeht, etwa von der Not der Farmer (Bauern), alles läuft schließlich auf die Notwendigkeit hinaus, außer einem Markt für Industriegüter auch einen für landwirtschaftliche Produkte aufzubauen. Auf all das wird man sich einigen können. Es erhebt sich aber dann noch eine letzte Frage: *Nach welcher Methode oder Organisation soll das geschehen?* Soll der Staat einspringen und nach einem *Diktatorsystem* verfahren, wie es in Rußland eingeführt wurde und wie es die Nazi «mit beträchtlichen Modifikationen» ebenfalls anwandten? «Das wird unserem Volk nicht behagen, und es wird *diese Lösung nicht annehmen*», stellt Mr. Berle fest.

«Die andere besteht darin, daß der Staat sich bereit hält, die neu errichteten Märkte zu finanzieren — und es dem Privatgeschäft überläßt, die notwendigen Güter zu produzieren.»

Der Vorteil dieser Lösung besteht nach Mr. Berle darin, daß, dank der Konkurrenz, die Privatwirtschaft die Staatswirtschaft leistungsmäßig übertrifft. Jedenfalls, so schränkt er ein, sei dies der «klassische amerikanische Weg» seit Alexander Hamilton, der sich mit den Nachkriegsproblemen der amerikanischen Revolution herumzuschlagen hatte und eine bekannte Denkschrift darüber veröffentlicht hat. Auf diese Frage wird im Zusammenhang mit den Ausführungen des Chefredakteurs des «Economist» zurückzukommen sein. Bleiben wir einstweilen bei der Theorie Berles, wonach die *Regierung* verpflichtet wäre, *Kredite* oder *Zahlungsmittel* zu besorgen für:

1. ein Städteaufbauprogramm entsprechend der Zahl der amerikanischen Städte, welche die Energie haben, sich daran zu wagen;
2. ein Programm öffentlicher Arbeiten im üblichen Stil;
3. ein Wohnbauprogramm großen Ausmaßes;
4. ein Ernährungsprogramm für Gebiete, wo mehr und bessere Nahrungsmittel notwendig sind (etwa 40 Prozent des bevölkerten Gebiets der USA.);
5. ein Programm der öffentlichen Gesundheitspflege.

So würden Märkte für alle möglichen Gebrauchs- wie Kapitalgüter aufgebaut und Arbeitsgelegenheit für jeden Arbeitswilligen und Arbeitsfähigen geschaffen. Schön und gut, mag bis hierher mancher sagen, Was aber mit dem schwierigsten Problem, dem

Problem der Finanzierung?

Ist's wirklich das schwierigste? «Finanzierung ist das leichteste der verschiedenen Probleme, die wir zu lösen haben», sagt Mr. Berle mit erfrischender Deutlichkeit. «Dessenungeachtet», fügt er dann freilich hinzu, «ist es *das* Feld, wo wir die größten Schwierigkeiten haben werden.» Nicht, weil sie real und objektiv da sind, sondern, weil man mit psychologischen Widerständen, mit Vorurteilen und Gewohnheiten, mit Denkfaulheit zu rechnen hat. Was Mr. Berle darüber zu sagen hat, ist so einleuchtend, daß wir einen größeren Teil in wörtlicher Übersetzung wiedergeben möchten. Vernünftigerweise, so sagt er, ist das Finanzierungsproblem als die Aufgabe einer *technischen* Mannschaft in der Regierung zu betrachten. Und fährt dann fort:

«Die Ausarbeitung der Einzelheiten ist relativ einfach. Solange Arbeitskräfte verfügbar sind, Material zur Hand ist und ausgebildete Techniker engagiert werden können, sind die Worte ‚wir können's uns nicht leisten‘ lächerlich. Vorausgesetzt, daß nützliche Arbeit zu tun ist, vorausgesetzt, daß wir eine Menge von Produktionsmitteln haben (was natürlich Arbeitskraft und Leitung, Organisation, Ausrüstung und fähige Ingenieure einschließt), muß unser technischer Stab imstande sein, dafür zu sorgen, daß Fonds verfügbar sind.»

Die Grenze wird also nicht durch das Vorhandensein einer bestimmten Geldmenge gezogen. Sie liegt ganz woanders. Wenn mehr Güter verlangt werden, als *Arbeitskraft, Organisation und Material* herzugeben imstande sind, dann allerdings wird die finanztechnische Abteilung erklären müssen, «wir können's uns nicht leisten». Dies Wort «leisten können» hat für sie eine andere als die übliche Bedeutung. Nämlich diese:

«Statt daß sie unter diesem Wort Bezahlung für einen Hausbau aus einem zusammenschmelzenden Haufen von Dollars verstehen, verstehen sie darunter, daß sie soundsoviel Milliarden Arbeitsstunden, soundsoviel Ingenieure, soundsoviel Millionen Ziegel und anderes Material haben. Für den Finanztechniker bedeutet ‚Bezahlung‘ für das Haus den Einsatz der Dienste dieser Leute. Solange man reichlich von diesen Notwendigkeiten hat, kann man Häuser bauen, soviel man will.

Man wird uns erklären, daß ‚Geld‘ nur insofern nützlich ist, als man Güter dafür kaufen oder Dienstleistungen erwerben kann, sei's gleich oder später. Die Feuerprobe für unser Bankkonto oder das Geld in unserer Brieftasche ist die Produktivkraft des Landes: die Dinge, die sie hervorgebracht hat, die in den Magazinen oder in den Schaufenstern liegen, die Dinge, die sie kurzfristig herstellen kann, und die Dienste, von Gelernten oder Ungelernten, die zum Einsatz verfügbar sind . . .»

So gibt's für den Finanzstab

nur zwei «Stopp-Signale».

Kurz gesagt: Mangel an Arbeitskräften und Material das eine; fehlende Verwendungsmöglichkeit der Produkte das andere. Man könnte wohl —

dies ein Beispiel Berles — 100 Millionen Autos im Jahr herstellen, aber man hätte für solche Menge keine Verwendung. Es wäre sinnlose Tätigkeit.

«Unsere technische Abteilung von Finanzingenieuren muß also ihre Kredite so aufstellen, daß sie weder die gegenwärtige produktive Leistungsfähigkeit noch den gegenwärtigen vernünftigen Bedarf übertreffen.»

Im Rahmen dieser beiden «Stopp-Signale» aber kann sie jeden Markt finanzieren, also jeden vertrauenswürdigen «Kunden» mit Geld versehen, so daß er seine Rohstoffe kaufen, seine Hilfskräfte anwerben und zu arbeiten anfangen kann. Damit ist dann zugleich ein Haufen «kleinerer Kunden» ins Leben gerufen und ein «Markt» für andere Güter geschaffen, wie Nähmaschinen, Bücher, Kurzwaren, Milch, Eier usw.

«Unsere Finanzierungsmannschaft», fährt Mr. Berle fort, «wird für diese Aufgabe Erfahrung mitbringen. Tatsächlich haben sie nämlich in der Zeit der Kriegswirtschaft das in der ganzen Welt besorgt. (Man hat noch nie gehört, daß ein Krieg aus finanziellen Überlegungen abgestoppt worden wäre — wenigstens nicht in moderner Zeit.) Und die Techniker werden uns sagen, daß diese Aufgabe in Friedenszeiten viel leichter zu erfüllen ist als im Krieg.»

Denn während im Krieg der größere Teil der Güter in die Luft geblasen oder sonstwie vernichtet wird, statt auf den «Markt», zu nützlichem Verbrauch zu gelangen, während Geld, Kredit und Schulden zunehmen und der Wohlstand abnimmt, dehnt in Friedenszeiten der wirtschaftliche Reichtum sich so schnell aus, wie die Wirtschaftskräfte ihn schaffen können. Und die Finanzmänner treffen im Frieden nicht entfernt so oft auf die vorerwähnten «Stopp-Signale» — man denke an Arbeitskraft und Rohstoffmangel, an die Preissteigerungen und die Inflationsgefahren im Krieg! — als in der Kriegswirtschaft.

All das scheint auf den ersten Blick unmittelbar einleuchtend. Und doch schrecken sehr viele Menschen vor den Gedanken dieser Finanzierungstechnik zurück. Aus purer Gewohnheit, meint Mr. Berle, weil

das völlig Neue

spurlos an ihnen vorübergegangen. Fast alle Erwachsenen sind in einer Zeit groß geworden, da die Güter knapp waren und die Produktion schwer. Da hieß es sparen und sich einschränken und mit dem Ersparten neue Produktionsmittel schaffen. So wurde Amerikas Wirtschaft verbessert und aufgebaut. Für nützliche Produkte guter Qualität war immer ein Markt da. Dann aber kam die Zeit — wahrscheinlich um die Mitte der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts —, da das Land weit über die Aufnahmefähigkeit des Marktes, weit über die Kaufkraft des Landes hinaus produzierte.

«Das war etwas ganz Neues in der Weltgeschichte, und die Geschäftsleute waren — und sind noch — verduzt und überrascht. Das war's, was mehr als irgend etwas anderes den Wirtschaftsbankrott des Landes von 1929 bis 1933 verursachte; eine merkwürdige und stoßende Periode, da Millionen von Menschen hungrig auf der Straße herumliefen, ohne die dringendsten Lebensbedürfnisse befriedigen zu können, während gleichzeitig Millionen Tonnen von lebensnotwendigen Gütern und auch von Luxuswaren auf den Feldern verrotteten oder unerzeugt blieben, weil die Produktionsstätten geschlossen waren.

Seitdem wir diese große Scheidelinie gekreuzt haben, ist das Problem die Bildung neuer Märkte gewesen. Die Frage war nicht mehr, nach bestehenden Märkten zu suchen, die noch nicht angezapft waren. Das Problem war vielmehr buchstäblich: *neue* Märkte ins Dasein zu rufen — was praktisch bedeutet, viel mehr Millionen Menschen in eine Lage zu versetzen, die ihnen ermöglicht, die Dinge zu kaufen, die sie wünschen und brauchen.»

Der Krieg hat nun *künstlich* wieder den *Zustand der Knappheit* geschaffen, und die Geschäftsleute finden sich da aus alter Gewohnheit besser zurecht. Ist aber nach dem Krieg die Scheidelinie, sozusagen der wirtschaftliche Äquator, wieder überschritten, so müssen *die bisherigen Methoden auf den Kopf gestellt* werden.

«Vielen von uns», so bemerkt wörtlich Mr. Berle, «kommt es hart an, einzusehen, daß wirtschaftliche Maßnahmen nicht göttliche Gesetze sind, sondern Mittel zum Zweck, die unter bestimmten Umständen vollkommen angemessen, unter anderen aber vollkommen verheerend sein können.»

Ist sparsamste «hartgesottene» Finanz- und Kreditpolitik im Krieg richtig, so wird nach dem Krieg das Hauptproblem sein, dafür zu sorgen, daß «ausreichende Finanzmittel da sind, um Märkte bis zur vollen Leistungsgrenze der Arbeitskräfte und Produktionsmittel zu errichten». Die Finanzleute, die dann sagen, «wir können's uns nicht leisten», werden uns diesmal, so ruft Mr. Berle warnend aus, sehr dicht «an die Gewehrmündungen der Revolution» herantreiben, denn «diesmal werden die Menschen in einem Land, das über unbegrenzte Nahrung und unbegrenztes Arbeitsbedürfnis verfügt, nicht hungrig oder arbeitslos bleiben». Nun fehlt es zum Glück nicht an der Möglichkeit, nach dem Krieg ebensowohl eine Depression wie eine Revolution zu vermeiden.

«In Ziffern ausgedrückt, heißt das, die Verausgabung eines Betrags sicherzustellen — öffentlich, privat oder gemischt —, der annähernd dem Betrag gleich ist, den wir für Kriegsleistungen ausgegeben haben. Mit der Zeit werden wir imstande sein, ihn herabzusetzen. Aber wenn wir nicht bereit sind, die Demobilisation ebenso zu finanzieren, wie wir die Mobilisation finanziert haben, so werden wir im günstigsten Fall von einer Depression betroffen werden und, wenn es schlimm kommt, mit Unruhen zu tun haben, die nicht weit entfernt von Revolution sind. Es braucht keineswegs zu dem einen oder dem andern zu kommen. Die Technik, wie das Problem zu lösen, ist vollkommen begriffen. Die Finanzierungsmannschaft ist bei der Hand und hat Erfahrung. Alles, was wir noch brauchen, ist der Wille des Volkes, diese Technik wirkungsvoll anzuwenden.»

(Schluß folgt.)

Die Welt nach dem Kriege

Gedanken eines Sozialisten zu den großen Problemen unserer Zeit

Von Julian Forster

I.

Gegen Ende des letzten Weltkrieges wurden allerlei wunderbare Ideen verkündet, die als Balsam wirkten für die Schrecken jener Zeit und gläubig und dankbar von der leidenden Menschheit aufgenommen